



Schwerpunkt
 Verschiedene Blicke
 auf die Kultur werfen

Abstimmungen
 13. Juni 2010

Überlegungen zur kulturellen Stadtentwicklung

Stadt im Gleichgewicht

«Stadt im Gleichgewicht!» Der alte Slogan aus der Zeit der Luzerner offenen Quartierentwicklung in den 80er Jahren hat punkto (kultureller) Stadtentwicklung auch heute noch seine Gültigkeit.

Zum Beispiel sind grosse Kulturhäuser nur ernstzunehmen, wenn deren Kultur nicht ausschliesslich eingeflogen wird, sondern gleichzeitig das musikalische Leben an der Basis blüht. Luzern kann nur Musikstadt sein, wenn z. B. jedes Kind – auch wenn es an der Baselstrasse oder in Reussbühl wohnt – Gelegenheit hat, ein Instrument spielen zu können. Auch sie sollen dereinst, sei es als Musiker/innen, sei es als Zuhörer/innen, die kleinen und grossen Bühnen dieser Stadt nutzen können. (In diesem Zusammenhang darf ruhig mal gesagt werden, dass in Luzern noch nie so viele Auftrittsmöglichkeiten für junge Musiker/innen aller Sparten existierten.)

Die Realisierung der «Salle Modulable» könnte also kombiniert werden mit breitflächigen Förderprogrammen, denn heute haben wir es in Luzern mit einer kulturellen Zweiklassengesellschaft zu tun. Ein einer Musikstadt unwürdiger Zustand, während gleichzeitig die Slumjugendlichen des Simon Bolivar Orchesters (und damit die dahinterstehenden musikalischen venezolanischen Förderprogramme) im KKL bejubelt werden.

Gleichgewicht bedeutet beispielsweise auch, dass nicht ausschliesslich auf Musik gesetzt wird und dass kreative Nischen und Experimentierraum für

freie und vielfältige Szenen aller Sparten vorhanden sind. Übergangs- und Transformationszonen sind von enormer Bedeutung, wofür das Frigorexareal ein einzigartiges Beispiel darstellt(e), denn in Luzern werden Brachen traditionell schlecht genutzt.

Eine Potenzial stellt derzeit beispielsweise das Umfeld der Industriestrasse mit seinen derzeit unternutzten Flächen im Bereich der früheren Gaskessel dar. Mit einer geschickten Planung könnte das Gebiet – aufbauend auf den bisherigen Nutzungsarten – als vielfältiges Labor- und Transformationsgebiet mit (Zwischen- und Dauer-) Nutzungen von Kultur, Wissenschaft, Kunst und Medien genutzt werden. Dies kann durchaus mit sich bringen, dass diese Zone wegen seiner Attraktivität durch grössere und wertschöpfungsintensivere Player «entdeckt» wird. Auch das gehört zur Transformation und Stadtentwicklung und bringt die Stadt auch ökonomisch vorwärts. Aber wenigstens tut sie es so auf eine organische und damit nachhaltige Weise. Wenn das Gebiet nun hingegen schnell auf den Markt geworfen wird, besteht eine gewisse Gefahr, dass auch dort gesichtslose Versicherungsglasplattenbauten entstehen. Aber nicht nur die Industriestrasse, auch die Industrieareale in Luzerns Norden haben ein riesiges Potenzial. Hier denken manche Stadtluzerner Kulturaktive (etablierte wie nichtetablierte) noch viel zu kleinstädtisch und monozentrisch. In Zürich würde niemand auf die Idee kommen, sämtliche Kulturformen müssten im Zentrum angesiedelt werden.

Dies – aus Platzgründen – einige Beispiele, wie sich die Stadtregion Luzern weiterentwickeln könnte. Stadtentwicklung muss aber nicht punktuell, sondern ganzheitlich angelegt sein. Dazu gehört eine Gesamtpositionierung aus kultureller Sicht (z. B. Luzern als Creative City mit Schwerpunkt Musik) und entsprechende Raumplanung und Teilpolitiken. Und dies führt dann zu Massnahmen wie etwa der Unterstützung der «Salle Modulable», der gedeihlichen Förderung der Freien Szenen, der Wertschätzung der Festivals und der vorhandenen Kulturhäuser (was nicht heisst, dass sie sich nicht verändern sollen), die Sicherstellung von räumlichen Nischen für Ateliers und aller Arten von kreativer Betätigung, der Förderung des Nachwuchses, die Schaffung von Plattformen zur Generierung von urbanen Visionen und Ideen. Und über allem steht ein weltoffener Geist in Politik und Bevölkerung, der in Luzern zwar eine gewisse Tradition hat, aber den es immer wieder zu erneuern gilt.



Alex Willener
Dozent und Projektleiter an der
Hochschule Luzern – Soziale Arbeit
Luzern



Ein Leuchtturm der Luzerner Linken vor der Revision

Euses Fäscht

Seit das Projekt der «Salle Modulable» am Horizont aufgetaucht ist, ist alleweil von kulturellen «Leuchttürmen» die Rede. Offenbar sind wir jetzt der offenen Meeresbrandung ausgesetzt und so müssen wir daran gehen, auch unsere eigenen Leuchttürme einer Revision zu unterziehen.

Einer dieser Leuchttürme ist das Parteifest der Luzerner Linken. Dieser Leuchtturm hat zweimal den Platz gewechselt (vom Reusszopf zum Flieger-schuppen), er wurde zweimal in seiner Länge gekappt (vom Dreitäger über den Zwei- zum Eintäger) und er hat sein Innenleben verändert (vom Kultur- und Sportfest zum reinen Sportfest). Im Moment steht die nächste grössere Revision an – der Vorstand hat entschieden, eine Pause einzulegen und den Anlass zu überdenken. Der folgende Beitrag versteht sich als Diskussionsbeitrag zur Frage, was bei der Revision eines über 30-jährigen Leuchtturmes zu beachten ist.

Kurzer Blick zurück

Was in den späten 1970er Jahren als «Pochfest» begann, nach der Gründung der Grünen ab Mitte der 1980er Jahre als «Euses Fäscht» weiterbestand und ab der Jahrhundertwende zum «Sport- und Familienfest» wurde, diente insbesondere zwei Zwecken: Der Generierung von Finanzmitteln für

die Partei und der Öffnung der Partei gegenüber Nichtmitgliedern. Das Parteifest der Luzerner Linken hatte zeitlebens eine nicht zu unterschätzende Türöffner-Funktion und half, Schwellen abbauen. Der Schreibende gesteht, dass er heute nicht Kantonsrat wäre, hätte er als Nicht-Mitglied der Poch nicht derart freudig auf jede Ausgabe des Fussballturniers hingefiebert. Das Fest «Euses Fäscht» gab insbesondere Musikerinnen, Musikern und Bands ein Podium für ein breiteres Publikum, das sie andernorts noch nicht erreichten. Wer im abendlichen Kulturteil dem Alkohol zu viel oder zu lange zugesprochen hatte, büsste dies am Samstag oder Sonntag mit einer gottsjämmerlich missratenen Bicicletta auf dem Fussballplatz. Beispielhaft für den gesellschaftlichen Stellenwert des Festes war die Programmankündigung von Beat Bieri in der LNN vom 13. 8. 1986:

Dort wo sich Emme und Reuss vereinigen

«Euses Fäscht» (unter eingeweihten Kennern der Polit-Szene auch als Poch-Fest bekannt) bietet heuer erneut ein gewieft programmiertes Angebot aus Musik, Mahlzeit und Meienberg, aus Spiel, Schau (Show) und Schabernack. Kulturell erfolgt der Start am Freitagabend um 20 Uhr (Kontrast-Freitag genannt) mit dem Schauspieler Andreas Wellano in Dario Fos «Geschichte einer Tigerin». Es folgt türkisch-abendländische Fusionsmusik mit Merhaba. Am Samstagabend liest Niklaus Meienberg ab 18 Uhr aus neueren, jedenfalls alleweil aktuellen Schriftstücken. Dann folgen sich (nach 20 Uhr) Schlag auf Schlag die Berner Frauenrockband Atropa Belladonna, die Sedel-Band Steven's Nude Club und der Luzerner Saxo-Grosskonzern Saxoflex. Für Schwitz- und Sportlustige haben die linken Festorganisatoren ein anstrengendes Wettkampfprogramm ausgeheckt (mit Schach, Volley, Fussball, Boule). Das Ganze findet an den drei Tagen vom 15. bis 17. August in zwei Zeltbauten auf der Reussbühler Reusszopfwiese statt – dort wo sich Emme und Reuss vereinigen, wie die Organisatoren poetisch den Weg wiesen.

Das Konzept von Brot und Spiele funktionierte auch mit dem erzwungenen, mit fadenscheinigen Argumenten des Littauer Gemeinderates begründeten Wechsel vom Reusszopf auf die Allmend weiter, bis sich die Erfolge linker Politik (Förderung der Kultur und der Kulturräume!) auf den Leuchtturmcharakter des Anlasses selber auswirkten: Die Konkurrenz durch zahlreiche andere Veranstaltungen wurde zu gross. Die Konzerte wurden gekippt. Angepasst an die gesellschaftliche Realität vieler Mitglieder wurden neue Programmteile für Kinder aufgenommen. Die Verköstigung und die Spiele hingegen liefen weiter, auch wenn in den späten 1990er Jahren aus dem Turnier selber und im guten Einverneh-



men mit uns in Form des Kick'n'Rush-Fussballturnieres eine grössere, als Kulturevent aufgezogene Parallelveranstaltung entstand. Die Anmeldung für dieses Turnier ist jedoch ausschliesslich Kulturschaffenden vorenthalten – das Spektrum an Interessenten für den linken Fussball in Luzern ist damit jedoch längst nicht abgedeckt.

Kurzer Ausblick

Die ursprüngliche Idee, über eine Grossveranstaltung finanzielle Mittel für die Partei zu generieren, halte ich für nicht mehr zeitgemäss. Es wird zu vieles gleichzeitig und gleichwertig angeboten. Den anderen Zweck halte ich jedoch für nach wie vor für wichtig: Die Öffnung der Partei gegenüber den Nicht-Mitgliedern, die Leuchtturmwirkung gegen Aussen. Die Organisation einer linken Sportveranstaltung, als Bestandteil eines neukonzipierten Parteifestes der Grünen oder als separate, eigene Veranstaltung der Grünen (bei der die Anbindung an die Grünen allenfalls jedoch mit der Zeit verloren gehen könnte), sehe ich als eine erfolversprechende Möglichkeit. Das Bedürfnis von jungen Frauen und Männern, an einem linken, nicht so stieren Turnier teilzunehmen, scheint mir gegeben. Es gilt, dem Bedürfnis in der geeigneten Form nachzukommen und diese Nicht-Parteimitglieder dort abzuholen. Es gibt verschiedene Interessenten die darauf hoffen, dass die über 30-jährige Tradition des linken Fussballs in Luzern weiter geführt werden kann und ich denke, dass sich aus den Teilnehmerreihen der letzten Jahre Kooperationsmöglichkeiten, beispielsweise mit Volksküchen-Gruppen oder dem Antirassismus-Cup, finden liessen. Ich finde, der Stellenwert eines Auftritts gegen Aussen ist nicht zu unterschätzen – retten wir für einmal nicht die Delfine sondern «Euses Fäscht»!



Nino Froelicher
Kantonsrat Grüne
Luzern

PS: Der Leuchtturm hatte seine Erbauerinnen und Erbauer. Ihnen allen sei an dieser Stelle kollektiv gedankt!

Was ds Theater nid isch

*Ds Theater isch kes Tram.
Ds Theater isch o kes Glänkrtram.
Ds Theater isch ke Hosechnopf.
Ds Theater isch o ke Hoselupf.
Ds Theater isch ke Kläralag.
Ds Theater isch ke Fuetterrog.
Ds Theater isch ke Rägenschirm.
Ds Theater isch ke Roubritter.
Ds Theater isch ke Pfyffeputzer.
Ds Theater isch ke Aruefbeantworter.
Ds Theater isch kes Brot.
Ds Theater isch kes Asilgsuech.
Ds Theater isch kes Schuelproblem.
Ds Theater isch kes Rührei.
Ds Theater isch kes Spinnredli u o ke Fingerhuet.
Ds Theater isch ke Velopumpi.
Ds Theater isch ke Blocher.
Ds Theater isch ke Botanisiertbüchse.
Ds Theater isch ke Büstehauter.
Ds Theater isch ke Chindlyfrässerbrunne.
Ds Theater isch ke Wageheber.
Ds Theater isch ke Hamburger.
Ds Theater isch ke Aupufzug.
Ds Theater isch ke dopplete Bodeleger.
Ds Theater isch kes Oschtere.
Ds Theater isch kes Wöschpulver.
Ds Theater isch ke Schtürerklärig.
Ds Theater isch o ke schwarze Schwan uf em Bielersee u es söu doch niemer cho behoupte, ds Theater sig ä Fläche uf ere nöie Schale oder uf emne länge Rock.*



Beat Sterchi
Autor
Bern

Edition spoken script 3, Verlag: Der gesunde Menschenversand, 2010, Luzern, ISBN 978-3 905825-16-9, Fr. 23.-, Taschenbuch 156 Seiten, www.menschenversand.ch

Das Gesellschaftliche bei den Grünen

Nach der Absage des Sportfests 2009 beschloss der Vorstand der Grünen, dass diese schöne Tradition mangels OrganisatorInnen leider nicht mehr weitergeführt wird. Das Gesellschaftliche bei den Grünen soll aber trotzdem nicht aussterben, sondern in mehr oder weniger regelmässigen Treffen und Ausflügen gepflegt werden. Den Organisierenden soll bei der Gestaltung bewusst sehr freie Hand gelassen werden. Nun werden engagierte Leute gesucht, die bereit sind, in einer solchen Organisationsgruppe mitzuwirken. Hast Du Lust? Dann melde Dich auf sekretariat@gruene-luzern.ch!

Über die Umsetzung des neuen Kulturförderungsgesetz

Und die Mäuse tanzen

«Es kreissen die Berge, zur Welt kommt nur ein lächerliches Mäuschen,» schrieb Horaz in seiner *Ars Poetica*. Auch in der Schweiz hat der Berg eine Kulturmaus geboren. Das Kulturförderungsgesetz (KFG), im Wesentlichen ein Kulturverwaltungsgesetz des Bundesrates, ist letzten Dezember von den Eidgenössischen Räten definitiv verabschiedet worden. Es wird auf Januar 2012 in Kraft treten.

Das Bundesamt für Kultur (BAK) erstellt nun erstmalig einen Entwurf der Kulturbotschaft für die Jahre 2012–2015. Diese Botschaft legt die finanzielle Steuerung der Kulturförderung des Bundes in einem vierjährigen Zahlungsrahmen fest. Der Entwurf dieser Botschaft soll voraussichtlich bereits diesen Sommer allen Parteien, den Kantonen, Gemeinden und Städten sowie interessierten Kreisen zur Stellungnahme zugestellt werden.

Die Maus soll auch ein bisschen Farbe bekommen. Gemäss Frédéric Jauslin, dem Vorsteher des BAK, sollen in der ersten Botschaft Akzente auf «digitale Kultur und lebendige Tradition» gesetzt und gemeinsam mit Kantonen und Städten visionär innovative Projekte lanciert werden. Dafür soll jährlich und erstmals diesen Herbst eine nationale Kulturkonferenz stattfinden, an welcher das BAK den «Einbezug der Kantone und Gemeinden in die Bundespolitik», wie es im KFG heisst, üben kann. Üben muss es. Haben die anderen Player Kulturförderung bereits seit mehreren Jahren mehr oder weniger als Mannschaftssport betrieben, blieb in der Vergangenheit das BAK aus freien Stücken meist im Abseits.

Die Maus geht voraus. Das KFG überträgt dem BAK eine strategische Führungsrolle und das BAK nimmt sie wahr. Was für eine Kulturpolitik will die Schweiz? Der thematische Ansatz, der den ersten vier offiziellen Kulturjahren der Schweiz einen farbigen Anstrich geben könnte, ist gut gewählt, sind doch beide Bereiche, die digitale Kultur und die Pflege der Traditionen, kulturpolitisch relevant, herausfordernd und eigentliche Kerngebiete des BAK. Auch die Grüne Partei verlangt in ihrem Positionspapier zur Kultur den freien (digitalen) Zugang zu Bibliotheken und Archiven, sie unterstützt freie Lizenzen, wie z.B. GPL oder Creative Commons und sie fordert in Zeiten der digitalen Piraterie ein differenziertes Urheberrecht. Andererseits ist die Pflege der verschiedensten Traditionen unabdingbar für eine gelebte kulturelle Vielfalt in unserem Land. Dass damit nicht nur die Bewahrung der eigenen Kultur gemeint werden kann, versteht sich von selbst. Auf dem kulturpolitischen Parkett gibt es viel zu tun!

Und die Mäuse tanzen. Wenn nun in Zukunft alle Kulturförderer, Kantone, Städte, Stiftungen, inklusive der bis dato unabhängigen Kulturstiftung Pro Helvetia an einem parlamentarisch abgesegetem BAK-Strang ziehen, und Programm nach Programm, innovatives Projekte nach innovativem Projekt gemeinsam lancieren, hoffen wir, dass am Schluss die Kunst vor lauter Programmen und Projekten nicht selber zur unwirtlichen Landschaft und zum unüberwindbaren Berg wird. Und die Maus zum Esel am Berg. Denn es ist nicht immer die Liebe zur Kunst, die der Kultur Förderung zukommen lässt.



Adi Blum
Mitglied Grüne Kanton Luzern
Herzogenbuchsee

Artendiversitäres Ökosystem

Die Spezies Kulturarbeiterin

«Mein Mami schafft auf einem anderen Planeten», verkündete letztthin der 5jährige Sohn meiner Mitarbeiterin Andrea vor seinen Gschpänli. Und: «Der Planet heisst Kufo.» Weitere Informationen dazu lieferte er nicht, denn davon wüssten wir, die dort arbeiten, besser zu berichten. Recht hat er! Das Kultur-Forum ist eine Welt für sich – und was für eine: Ein glänzender, sich bewegender Sternenhaufen innerhalb des Kulturkosmos!

Dieser Planet ist das Daheim einer Kolonie der Spezies KulturarbeiterInnen (übrigens ganz ohne Manager dahinter). Acht davon – und gänzlich unterschiedliche Exemplare – beackern den ihnen anvertrauten Kulturboden. Sie bilden zusammen ein anspruchsvolles Ensemble, ein kontrapunktisches Oktett, eine leidenschaftliche Mannschaft, eine bewegliche Crew, eine erfindungsreiche Produktionsgemeinschaft und eine haushaltsnahe Dienstleisterin.

Und es gibt viel zu tun für sie, denn Monokultur ist ihnen ein Fremdwort und Gräuel. Es gibt zu debattieren, denn sie sind allesamt auch auf ihren eigenen Sternen zu Hause. Es gibt viel zu kämpfen und zu vermitteln, denn die Wünsche und die Bedürfnisse der Kulturschaffenden, für die sich die KufonautInnen und ihre Kapitäne vielfältig und nachhaltig einsetzen, könnten unterschiedlicher nicht sein. Ein artendiversitäres Ökosystem zu schützen und betreuen ist nicht einfach, denn es gibt unter den Kulturschaffenden nicht nur einfache Pflänzchen und possierliche Tierchen. Und der Boden ist leider nie genug reichhaltig für alle.

Es sind grossartige und wichtige Aufgaben, in die sie, in die WIR unser Herzblut stecken dürfen: Für «Das Kulturmagazin» schreiben und ein qualitativ hochstehendes Produkt mitprägen, informieren, helfen, beraten, kompetent sein und lernen gleichzeitig, Herausforderungen annehmen, verhandeln, eine Kulturinstitution vertreten, wissen was kulturell abläuft, sich kulturpolitisch äussern, kritisieren, Aufmerksamkeit verschaffen, Geschichte weiterschreiben, Ideen spinnen und umsetzen, sich auf die Kunst einlassen und dabei das Künstliche links liegen lassen ... Es gibt Momente, da fühlt man sich tatsächlich kurz wie die Raumfahrerpioniere auf dem sicheren Weg in die wunderbar unendlichen Kulturweiten.

Wie aber erkläre ich dem 5jährigen Noel, dass es diese Weiten der Kulturlandschaft notorisch bedroht und schützenswert sind? Dass das Arbeiten auf einem fremden Planeten manchmal sehr anstrengend und die Kämpfe meist unromantisch sind und man immer wieder auf die Weitsicht und das Vertrauen von UnterstützerInnen angewiesen ist?

Unser Kufo-Raumhafen liegt übrigens nicht in der weit entfernten Milchstrasse sondern sehr viel näher: Sie finden uns an der Bruchstrasse 53 in Luzern. Mit offenen Ohren für alle guten Ideen und Argumente.



*Cathérine Huth
Geschäftsführerin der IG Kultur Luzern
Luzern*

Die IG Kultur Luzern ist der Dachverband der Luzerner Kulturinstitutionen und der Herausgeberin des Kulturmagazins.

Das Kultur-Forum ist die Geschäftsstelle der IG Kultur und kulturelle Dienstleisterin.



Die Grünen und Kultur

Emmer-Kultur

Die Theaterschaffende Ursula Hildebrand und der Einwohnerrat Luzius Hafen, beide in Emmen wohnhaft, haben sich in Form eines Ping-Pong-Mailinterviews über die Emmer Kultur unterhalten.

Wer ist die Freie Szene?

Ursula: Die Freie Tanz- und Theaterszene setzt sich zusammen aus Künstlern, Gruppen und Veranstaltern, die vollberuflich zeitgenössische Tanz-, Performance- und Theaterproduktionen erarbeiten und präsentieren. Freie Szene bedeutet nicht Amateur- oder Laienszene, sondern sie ist eine Szene von professionell tätigen Tanz- und Theaterschaffenden. Frei wird sie genannt, weil ihre Mitglieder nicht fest an eine Institution gebunden sind, sondern in projektbezogenen Zusammenhängen produzieren. Die Freie Szene arbeitet flexibel und vernetzt, sowohl im In- wie auch im Ausland. Sie setzt sich zusammen aus Persönlichkeiten, Kollektiven und Institutionen, die eine bewusste berufliche Entscheidung zur Selbständigkeit gefällt haben.

Welchen Stellenwert hat die Kultur bei den Grünen, insbesondere die Freie Szene?

Luzius: Wir haben grosse Sympathien für die Freie Szene, die Kultur führt aber allgemein in Emmen ein stiefmütterliches Dasein (früher gehörten Kultur und Sport zusammen, neu sind es sinnigerweise Kultur und Sicherheit). Das sieht wahrscheinlich in den anderen Agglogemeinden aber nicht viel anders aus.

Ursula: Warum verhalten sich die Emmer PolitikerInnen so defensiv? Sie könnten sich Kultur auf die Fahne schreiben und ...

Luzius: Wir sind nur eine Handvoll Aktive und durch tagesaktuelle Fragen so absorbiert, dass auch persönlich wenig Zeit für die Kultur bleibt. Wir können Impulse aufnehmen, die von aussen kommen, aber wir haben nicht die Power, selber kulturelle Initiativen zu entwickeln. Immerhin versuchen wir seit einigen Jahren, unseren Chlausabend Ende Jahr mit einem kulturellen Farbtupfer aus der Gemeinde zu bereichern. Im Parlament ist die Kultur in der Regel einmal im Jahr – bei der Budgetdebatte – Thema und dann besteht unsere Rolle darin, Budgetkürzungen abzuwehren. Für das Jahr 2010 sind an Kosten für die Kultur (inkl. Vereinsbeiträge!) CHF 11.– pro EinwohnerIn vorgesehen bei 28'000 Einwohnern. Die Budgetierung stellt wohl für die Freie Szene ein spezifisches Hindernis dar. Budgeteingaben für konkrete Projekte müssten mindestens ein Jahr im Voraus gemacht werden, was in seltenen Fällen, zum Beispiel dem

Theater «Heimat 611», möglich ist. So müssen die Gesuche über das beschränkte Budget der Kulturkommission oder der RKK laufen. Pauschale Erhöhungen des Beitrags für die Kultur haben angesichts der knappen Finanzen kaum eine Chance auf eine Mehrheit im Parlament.



Ursula: Eine Freie Szene, die als solche ernst genommen wird, stellt neben dem künstlerischen Anspruch, an dem sie gemessen werden muss, ihrerseits den Anspruch auf angemessene Finanzierung. Darunter ist eine regelmässige und substantielle Förderung zu verstehen, die unabhängiges künstlerisches Arbeiten erlaubt.

Ihr delegiert die Kultur und ihre Förderung also an die Stadt?

Luzius: Ja und Nein. Zwangsläufig liegt der kulturelle Brennpunkt in der Stadt. Das ist schade, weil Emmen ein grosses kulturelles Potenzial hätte; die bekannten gesellschaftlichen Spannungsfelder, das Industriegebiet, das nur zum Teil Brache ist, würden einen fruchtbaren Boden für Kunst und Kultur bieten. Das zeigen einige Highlights wie die Konzertaufführungen des Lucerne Festivals in

der grossen Von Moos Drahtzughalle, das Theater «Heimat 611», die inzwischen leider geräumten Künstlerateliers in den alten Viscose-Bauten oder auch die Ausstellung mit den Schlussarbeiten der Hochschule Luzern Design & Kunst vor zwei Jahren. Es liegt aber nicht nur an Emmen. Wir haben uns für die Verlegung der Boa in die Emmenweid eingesetzt. Da haben sich nicht nur die traditionellen Kreise dagegen gewehrt, sondern auch die Alternative Szene war der Meinung, dass es unzumutbar sei, so weit weg vom Stadtzentrum zu ziehen. So gesehen war es für mich ein erfrischendes Zeichen, dass der Bau 611 für eine spontane Silvesterparty 09/10 gewählt worden ist. Aber es ist schon so: Die LuzernerInnen wollen an den See; Die Hochschule Design & Kunst würde in Emmen ein spannendes Entwicklungsumfeld finden. Aber sie will lieber ins putzige Horw an die lieblichen Gestade des Vierwaldstättersees und bemüht dafür die Synergien zur Technik und Architektur.

Ursula: Sind es nur die Grünen, die sich z. B. für die Verlegung der Boa eingesetzt haben? Oder wenn meinst du mit «Wir»? Engagieren sich da alle Parteien? Auf der Homepage der Gemeinde Emmen ist zu lesen: Die Gemeinde Emmen fördert und unterstützt ein vielfältiges und lebendiges kulturelles Leben.

Luzius: «Wir» waren die Grünen und die SP. Bei der Diskussion um die Trendmeile Emmenweid waren alle für die Kulturförderung und -entwicklung in der Emmenweid. Beim Vorschlag der Verlegung der Boa haben wir dann mit Verblüffung festgestellt, dass andere Parteien und der Gemeinderat die Hände verworfen haben – man wollte natürlich nicht die Boa hier, sondern die «richtige» Kultur. Der heutige Gemeinderat ist kulturell sicher aufgeschlossener, die Parteienlandschaft aber mehrheitlich immer noch sehr konservativ.

Ursula: akku ist das Nachfolgeprojekt der Galerie Gersag. akku will Kunstschaffenden aus der Gegend eine Plattform bieten. Was haltet Ihr von akku? Welche Form von Unterstützung erhält akku?

Luzius: akku wird hoffentlich ein neuer kultureller Leuchtturm für die Region werden. Kriens hat das Bellpark-Museum, Horw die Zwischenbühne und Emmen hat nun das Projekt akku. Erfreulich ist, dass die Auslagerung der Galerie Gersag nicht zur Sparübung verkommen ist, sondern eher noch mehr Mittel im Rahmen einer Leistungsvereinbarung freigesetzt hat. Die Ansiedlung im Bau 716 ist meines Erachtens sehr gelungen und ist ein gutes Signal für einen Kulturfrühling in Emmen. Schwerpunkt bildet die bildende Kunst – es müssen auch nicht alle überall alles machen. Die neuen Räumlichkeiten bieten aber auch Möglichkeiten für andere Kulturformen. Durch die Regionalisierung des Projekts sind wir zuversichtlich, dass Publikum

über die Gemeindegrenzen hinaus angesprochen und Berührungängste zu Emmen abgebaut werden können.

Ursula: Die Freie Szene wehrt sich zurzeit gegen das Monster «Salle Modulable», das alles Geld aufsaugen wird. Wir wehren uns, dass das Kulturangebot einer Stadt, einer Region auf einen einseitigen Gehalt an repräsentativer Hochkultur reduziert wird. In der Diskussion stehen ökonomische Erwägungen im Vordergrund, inhaltliche kommen nicht zur Sprache. Wie ist eure Haltung in der ganzen «Salle Modulable» Geschichte? Setzt ihr euch für den Standort Emmenweid ein?

Luzius: Wir haben den Vorstoss zur Ansiedlung der «Salle Modulable» in der Emmenweid unterstützt. Unsere Unterstützung ist aber weniger in kulturellem Kontext zu sehen, sondern mehr im Zusammenhang mit dem Projekt starke Stadtregion Luzern. Eine Ansiedlung in der Emmenweid würde endlich einmal die Stadtgrenzen sprengen und gäbe dem Projekt «Starke Stadtregion Luzern» viel Auftrieb. Allerdings haben wir den Vorbehalt gemacht, dass zunächst eine breite Kulturdebatte geführt werden muss und dass eine «Salle Modulable» nicht auf Kosten der anderen kulturellen Sparten und Träger gehen darf. Schon beim Südpol war es so, dass gebaut wurde mit der Erwartung, die Kultur erbege sich dann von selbst. Diese Entwicklung kommt aber erst langsam in Gang. Bei der «Salle Modulable» wäre der Anspruch noch viel stärker, dass das Haus die Kultur macht und nicht umgekehrt. Wenn aber die «Salle Modulable» kommt, wären die Entwicklungs- und Austauschmöglichkeiten in einem offenen Umfeld wie in der Emmenweid sehr viel grösser als am See.



*Ursula Hildebrand
Theaterschaffende
Emmen*



*Luzius Hafen
Einwohnerrat Emmen
Emmen*



Bioprodukte vom Hof und aus der Region



EMMER BIOHOF

Hofladen offen
jeden Freitag 13.30 - 18.30
oder nach telefonischer Vereinbarung
Telefon 041 260 21 71

Franz und Maya
Helfenstein Probst
Oberhasli, 6032 Emmen
helfensteinbio@bluewin.ch
www.emmer-biohof.ch

Bauspar-Initiativen

Steuern- statt Bausparen

In der Frühjahrsession hat der Nationalrat zwei «Bauspar»-Initiativen gutgeheissen. Die Grünen stimmten grossmerheitlich dagegen, weil es dabei kaum um das Sparen für ein Eigenheim, sondern vielmehr um das Einsparen von Steuerzahlungen für Reiche ging.

Angeblich um die Eigentumsquote zu erhöhen, sind aus FDP-, CVP- und SVP-Kreisen zwei Initiativen zum «Bausparen» eingereicht worden. Gemäss Wortlaut der einen könnten dafür während zehn Jahren jährlich Fr. 10'000.– von den direkten Bundessteuern abgezogen werden, Fr. 15'000 laut dem Text der andern. Um in der Bevölkerung zusätzlichen Rückhalt zu gewinnen, sieht diese zweite Initiative auch noch einen Steuerabzug von 5'000 Franken pro Jahr für Energiesparmassnahmen vor.

Grüne für selbstgenutztes Eigentum

In der Grünen Fraktion fanden die Initianten zuerst ansehnlichen Rückhalt: Die Grünen haben ein unverkrampftes Verhältnis zum Eigentum und sind nicht nur eine Partei der MieterInnen. Tatsächlich wollen die Initiativen nur selbstgenutzte Eigenheime fördern, was eine gewisse Sympathie für sie erklärt. Die grosse Frage ist nur: Werden die Versprechen der Initiativen wirklich eingelöst, sprich die Eigentumsquote dank des «Bausparens» höher?

Konkret geht es darum, dass Haushalte mit Einkommen zwischen 50'000 bis 100'000 Franken innert zehn Jahren genügend Ersparnisse auf die Seite legen können, um dann Wohneigentum zu erwerben. Diese Einkommenskategorien haben mangels Eigenkapital ohne Hilfe von aussen (Erbe, Lottogewinn etc.) keine Chance auf Wohneigentum – es sei denn eben via «Bausparen».

Mogelpackung

Auch wenn sich die Initiativen in diversen Punkten voneinander unterscheiden, in ihrer Wirkung sind sie gleich: Sie begünstigen sicher das Steuernsparen. Eine Wirkung in Bezug auf die Eigentumsquote ist dagegen nicht nachweisbar. Das sagt der Bundesrat, gestützt auf diverse Untersuchungen, in der Botschaft an das Parlament und lehnt deshalb die Volksbegehren ab. Das bestätigt auch eine neue Studie der Hochschule Luzern – Wirtschaft, über die unmittelbar vor der Debatte im Parlament in den Medien berichtet wurde. Profitieren könnten hingegen höhere und höchste Einkommen. Nur: Diese haben die indirekte Staatshilfe dafür nicht nötig, sie können sich den Eigenheimerwerb auch ohne «Bauspar»-Abzüge leisten.

Steuernsparen für Reiche

So bewirken die Initiativen vor allem eines: Sie helfen den Reichen, Steuern zu sparen. Das belegt auch die Praxis. Bis jetzt kennt nur der Kanton Baselland ein Modell gemäss den Volksinitiativen. Dort wurde in den letzten Jahren zwar viel gebaut, allerdings nicht wegen des Bausparens, sondern wegen der günstigen Lage nahe der Stadt Basel. Pikant ist noch: Das in Baselland erlaubte «Bausparen» widerspricht dem Steuerharmonisierungsgesetz. Mit der Initiative versucht eine der beiden Initiantengruppen, das dortige Modell zu retten. Werden die Initiativen abgelehnt, droht der gesetzwidrigen «Bauspar»-Praxis in Baselland der Garaus. Das wäre für die Bevölkerung kein Schaden.



Louis Schelbert
Nationalrat Grüne Luzern
Luzern

Bio-Erzeugnisse vom Ueli-Hof: Von Natur aus besser.



Verkauf ab Hof: Freitag 14-19 h und Samstag 8-13 h.

Ueli & Hof

Horw/St. Niklausen · Bio-Hof Mättwil · 041 342 05 45 · www.uelihof.ch

Abstimmung vom 13. Juni 2010: Luzerner Naturheilkunde

Ja zur Naturheilkunde

Am 13. Juni 2010 stimmen wir über die Initiative «JA zur Luzerner Naturheilkunde – Für Qualität und Kompetenz» ab. Mit einem JA sichern wir den Patientenschutz und die Qualität.

Im Kanton Luzern ist das naturheilkundliche Angebot gross. Es wird überdurchschnittlich häufig genutzt. Die Luzernerinnen und Luzerner sind im Vergleich zur Schweizerischen Bevölkerung gesünder – und das bei tieferen Gesundheitskosten («Gesundheit im Kanton Luzern» 2005). Diese Aussagen zeigen bereits, wie wichtig die Natur-

Wiedereinführung der Berufsausübungsbewilligung für Naturheilpraktiker der drei Fachrichtungen Homöopathie, Traditionelle Chinesische Medizin (TCM) und Traditionelle Europäische Naturheilkunde (TEN).

Der kantonsrätliche Gegenvorschlag jedoch übersieht die Bedürfnisse der Patienten: Eine blosser Meldepflicht für alle Praktizierenden sagt nichts über ihre fachliche Kompetenz aus und ist wirkungslos. Weiterhin kann jeder eine Praxis eröffnen – unabhängig von der Ausbildung. Ein NEIN zum Gegenvorschlag ist die richtige Antwort.



JA zur Initiative am 13. Juni

zur Luzerner Naturheilkunde – Für Qualität und Kompetenz

Nein zum Gegenvorschlag

www.luzerner-naturheilkunde.ch

heilkunde für die Luzerner Bevölkerung ist. Sie ist heute ein unverzichtbarer Bestandteil unseres Gesundheitswesens.

Und dennoch wird die Naturheilkunde noch immer wie ein Stiefkind behandelt: 2006 strich der Kanton Luzern die Praxisbewilligung für die Naturheilpraktiker. Seither kann jeder eine Naturheilpraxis eröffnen, sogar ohne Ausbildung! Das ist unverantwortlich und nicht im Sinne der Patienten.

Patientinnen und Patienten wollen sich nämlich auf gut ausgebildete und kompetente Praktizierende verlassen können. Für viele ist die Naturheilkunde erste Anlaufstelle bei Beschwerden aller Art. Die Therapeutinnen und Therapeuten übernehmen die Funktion eines Grundversorgers in der Naturheilkunde und müssen kompetent entscheiden, ob und wie sie Patienten individuell richtig behandeln. Dazu braucht es ein solides naturheilkundliches Wissen und gute medizinische Kenntnisse.

Mit der Initiative «JA zur Luzerner Naturheilkunde – Für Qualität und Kompetenz» werden diese Anliegen ernst genommen: Sie fordert die

Für unsere Gesundheit ist es eine echte Chance, wenn in Zukunft wieder nur gut ausgebildete Naturheilpraktiker eine Praxis führen dürfen. Denn das Heilungspotential ist noch lange nicht ausgeschöpft. Umfassendes Wissen, Erfahrung, ganzheitliches Denken, Menschlichkeit und Fingerspitzengefühl sind die Schlüssel zu diesem Potential. Nutzen wir es!

Wir haben es nun in der Hand: Ein JA zur Initiative ist ein JA zur Naturheilkunde. Sichern wir Qualität und Patientenschutz und lehnen den Gegenvorschlag ab.



*Katharina Meile
Kantonsrätin Grüne Luzern
Luzern*

Die Parolen der Grünen Kanton Luzern sind auf www.gruene-luzern.ch abrufbar.

Abstimmung vom 13. Juni 2010: Gesetz zur Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts

Stärken wir den gesellschaftlichen Zusammenhalt

Am 13. Juni 2010 stimmen wir über das kantonale Gesetz zur Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts (ZUG) ab. Obwohl die Grünen die Vorlage kritisch betrachten: Ein Ja zum ZUG.

Das Gesetz zur Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts greift Anliegen auf, die auch die unsrigen sind. Es gibt nämlich dem Kanton vor, zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts die Chancengerechtigkeit und die Integration zu fördern. Insbesondere sind dabei die Handlungsfelder Alter, Behinderung, Familie, Frau und Mann, Kindheit und Jugend sowie Migration festgehalten. Um dies zu erreichen, sollen verschiedene Instrumente eingesetzt werden: Die gesellschaftlichen Entwicklungen werden systematisch und kontinuierlich beobachtet, Leitbilder und Handlungsstrategien erarbeitet, Förderprogramme und Fördermassnahmen realisiert, staatliche Stellen und Organisationen der Zivilgesellschaft informiert und ihre Zusammenarbeit wird koordiniert. Zudem werden Behörden, Gemeinden und Organisationen, die sich für die Chancengerechtigkeit und Integration einsetzen – insbesondere Freiwilligenarbeit und Selbsthilfeorganisationen – unterstützt.

Neu gebildet wurde die Kommission für Gesellschaftsfragen, die den Regierungsrat und die Dienststelle berät. In diese Kommission wurden sieben bisherige überführt: Die Kommissionen für Alters-, für Behinderten-, für Kinder- und Jugendheim-, für Familien- und für Jugendfragen sowie die Kommissionen für Ausländer- und Integrationspolitik und für die Gleichstellung von Frau und Mann.

Mutlos und ohne viel Inhalt

Das alles klingt gut und verheissungsvoll. Doch leider ist das ZUG nur ein Rahmengesetz. Es ist mutlos und hätte mehr Inhalt vertragen können. Hätte man mehr gewagt, so hätte ein Gesetz entstehen können, das konkret für Chancengerechtigkeit und Integration steht. Eine höhere Verbindlichkeit und weitere Handlungsfelder wie die sexuelle Identität wären wünschenswert.

Dennoch ist das neue Gesetz ein Schritt in die richtige Richtung – es ist als Absichtserklärung für folgende Umsetzungen zu verstehen. Es beinhaltet zentrale Anliegen, die nun eine gesetzliche Basis bekommen. Und obwohl eine gehaltvollere Gesetzgebung zu erhoffen gewesen wäre, ist die vorliegende Version besser als nichts. Denn die Thematik der Chancengerechtigkeit und der Integration ist wichtig – grundlegend für unsere Gesellschaft.

Neue Projekte und Massnahmen ermöglichen

Mit dem ZUG sind Chancengerechtigkeit und Integration noch nicht erreicht. Es braucht weiterhin viel Engagement, um sie voranzutreiben und zu fördern. Aber durch die gesetzliche Basis erhalten sie mehr Gewicht und neue konkrete Projekte und Massnahmen werden möglich.

Geben wir dem gesellschaftlichen Zusammenhalt eine rechtliche Grundlage und stehen ein für Chancengerechtigkeit und Integration: Ja zum Gesetz zur Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts!



*Katharina Meile
Kantonsrätin Grüne
Luzern*

Die Parolen der Grünen Kanton Luzern sind auf www.gruene-luzern.ch abrufbar.

Abstimmung vom 13. Juni 2010: Ausbau Berufsfachschule Sursee

Ein Ja zur Bildung

Die Berufsfachschule Sursee muss ausgebaut werden – stärker als geplant. Dies ist vor allem eine Folge des Erfolgs der Gesundheitsberufe. Dass dies kostet, passt nicht allen.

Im März 2008 diskutierte der Kantonsrat die Berufsfachschulplanung und die Standorte der verschiedenen Berufsgattungen. Obwohl die unterschiedlichen berufs-, bildungs- und regionalpolitischen Gewichtungen nicht immer zu den gleichen Resultaten führten, war klar: Der Standort Sursee muss ausgebaut werden.

Nun wird über den Ausbau von Sursee abgestimmt. Das Gebäude soll erweitert werden. Neubau wie Sanierung werden auf Minergie-P-Standard ausgerichtet. Damit erhalten die Lernenden der Bereiche Wirtschaft, Informatik und Technik sowie der Bereiche Gesundheit und Soziales den nötigen Platz in guter Qualität.

Zwei Drittel der Jugendlichen absolvieren eine Berufsausbildung. Es muss eine Selbstverständlichkeit sein, dass diesen jungen Menschen auch in der Berufsfachschule gute Lernbedingungen angeboten werden. Deshalb hat die Grüne Fraktion die Vorlage im Kantonsrat einstimmig angenommen.

Manöver der CVP

Die Kosten von 34 Millionen Franken waren im Rat allerdings nicht unumstritten. Eine erste Planung hatte weit geringere Kosten veranschlagt. Dies führte vor allem bei der CVP zu einem vernehmlichen Grummeln: Sie wollte das Geschäft zurückweisen. Der Minergie-P-Standard wurde in Frage gestellt, man orakelte, ob ein Abriss und Neubau der ganzen Anlage günstiger käme oder monierte, dass doch ein Teil der Anlage noch nicht saniert werden müsste. Aber wo genau grössere Beiträge gespart werden sollten, konnte die CVP nicht darlegen.

Logisch, denn:

- Der Platzbedarf ist ausgewiesen. Immer mehr junge Menschen wählen die Ausbildungen Fachfrau/Fachmann Gesundheit und Betreuung.
- Bei Neubauten des Kantons hat der Kantonsrat selber Minergie-P als Standard festgeschrieben. Wird nun ein Gebäude saniert und erweitert, so macht es keinen Sinn, nur den Erweiterungsbau auf Minergie-P zu bringen und für den angehängten Altbau eine schwächere Vorgabe zu machen.
- Tatsächlich könnte man einen Teil der Anlage unsaniert weiterbenützen. Man würde damit aber nur einen Sanierungsbedarf verschieben und letztlich höhere Kosten verursachen.

Besonders penibel wurde es, als ein CVP-Vertreter im eigenen Blog aufführte, es wäre wichtiger, strukturelle Mängel im Lohngefüge zu beheben und damit dem Personal die geschuldete Wertschätzung entgegen zu bringen, als unnötige Sanierungen durchzuziehen. Die gleiche Partei hatte einen Monat zuvor mit der SVP zusammen Lohnerhöhungen beim Personal bekämpft.

Das Kopfschütteln über diese Linie hatte letztlich die eigene Partei erreicht: Rund die Hälfte der CVP stimmte mit der geschlossenen FDP, mit der SP und den Grünen gegen die Rückweisung des Geschäfts und in der Schlussabstimmung erhielt der Ausbau Sursee eine satte Mehrheit.



Michael Töngi
Kantonsrat Grüne
Kriens

Die Parolen der Grünen Kanton Luzern sind auf www.gruene-luzern.ch abrufbar.



BE | NETZ

Bau und Energie

Photovoltaik
Thermische Solaranlagen
Pelletsheizungen
Haustechnik

BE Netz AG
Bernstr. 57a
CH-6003 Luzern
www.benetz.ch
info@benetz.ch
Tel 041 410 40 70

Abstimmung vom 13. Juni 2010: Initiative «Für faire Prämienverbilligung»

Ein konkretes und verbindliches Sozialziel

Das private Haushaltsbudget kennt meistens drei hohe, belastende Posten: die Miete, die Steuern und die Krankenkassenprämien. Letztere können nur bedingt beeinflusst werden. Jeden Herbst die billigste Krankenkasse zu suchen, ist nicht jedermanns Sache. Zudem ist ein Kassenwechsel in der Regel nicht wirklich Gewinn bringend. Gut die Hälfte der Haushalte bezahlte im Jahr 2009 mehr für Krankenkassenprämien als für Steuern.

Die Prämienverbilligung kann da also eine gute Entlastung bieten. Wenn nun aber der Regierungsrat diese Verbilligung jedes Jahr in der Tendenz verkleinert und die Entlastung gerade bei kleinen Einkommen immer geringer wird, ist dies ein weiterer Faktor, warum die Schere zwischen Arm und Reich immer grösser wird. Die Familien mit kleinen Einkommen profitieren nicht im gleichen Mass von den Steuersenkungen wie die höheren Einkommen. Dafür steigen die Krankenkassenprämien bekanntlich jedes Jahr für alle um einige Prozente. Dieser Mechanismus – höhere KK-Prämien und weniger Prämienverbilligung – ist längerfristig verheerend.

Die Initiative der SP «Für faire Prämienverbilligung», die wir bekanntlich schon bei der Unterschriftensammlung unterstützt haben, fordert eine klare und verbindliche Regelung: Es besteht Anspruch auf Prämienverbilligung, wenn die Krankenkassenprämien 10 % des anrechenbaren Einkommens übersteigen. Diese klare Obergrenze für die Belastung durch die Krankenkassenprämien soll die heutige Regelung ersetzen. Mit dieser Regelung wird ein verbindliches Sozialziel festgeschrieben und die Prämienverbilligung wird nicht Spielball der Finanzpolitik.

Das bisherige Konzept stellt die Finanzen des Kantons ins Zentrum. Massgebend muss die finanzielle Belastung der Haushalte sein. So steht es auch im Zweck-Artikel des Prämienverbilligungsgesetzes: «Durch die Verbilligung der Prämien für die Krankenpflege-Grundversicherung soll Versicherten in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen ein angemessener Versicherungsschutz zu finanziell tragbaren Bedingungen gewährleistet werden.»

Die Initiative verlangt, dass dieser Zweck-Artikel wieder ernst genommen wird. Sie fordert darum ein konkretes und verbindliches Sozialziel im Gesetz. Wer mehr als 10 % seines anrechenbaren Einkommens für die Prämien der obligatorischen Krankenversicherung bezahlen muss, hat Anspruch auf Prämienverbilligung. Diese maximale Belastung der Haushalte durch die Krankenversicherungsprämien muss im Gesetz verankert werden.

Das «anrechenbare Einkommen» soll weiterhin aus dem steuerbaren Einkommen zuzüglich 10 % des steuerbaren Vermögens bestehen.



In den vergangenen Jahren hat der Kanton Luzern die Mittel für die Prämienverbilligung plafoniert. Er hat das getan, um zu sparen, und er hat das zu Lasten der sozial Schwächsten getan. Mit der Initiative ist das nicht mehr möglich. Der Regierungsrat darf den Prozentsatz für die Anspruchsberechtigung nicht mehr an die Budgetbedürfnisse des Kantons anpassen. Nach Annahme der Initiative kann der Kanton Luzern die Kostensteigerungen bei den Prämien nicht mehr einfach auf die Versicherten überwälzen. Die Mittel für die Prämienverbilligung müssen somit laufend der Teuerung der Prämien angepasst werden.

Der Regierungsrat legt in seinem Gegenentwurf zur Initiative fest, dass die Mittel, die für die Prämienverbilligung vorgesehen sind, jährlich mindestens der Entwicklung des Landesindex der Konsumentenpreise LIKP angepasst werden. Sollte die Erhöhung der Krankenkassenprämien weit über die Entwicklung des LIKP liegen, wäre mit dieser Regelung auch eine weitergehende Anpassung möglich, schreibt er in seinem Vorschlag. Dieser Gegenvorschlag bleibt aber weit hinter den Forderungen der Initiative zurück und kommt dem Anliegen der Initiative in keiner Weise entgegen.



*Katharina Hubacher
Co-Präsidentin und
Grossstadträtin Grüne Luzern*

Die Parolen der Grünen Kanton Luzern sind auf www.gruene-luzern.ch abrufbar.

JUSO: 1:12 – Eidgenössische Volksinitiative für gerechte Löhne

Faire Löhne für alle statt Abzockerei

Mit der 1:12-Initiative engagiert sich die JUSO gegen die Abzocker und für faire Löhne. Das Ziel: Niemand soll in einem Jahr weniger verdienen als andere im gleichen Unternehmen in einem Monat.

Eigentlich – so könnte man meinen – sollten sie ja etwas aus der Wirtschafts- und Finanzkrise gelernt haben, die PolitikerInnen, die BankerInnen und die Aufsichtsbehörden. Eigentlich sollte es klar sein, dass es nicht gleich wie vor der Wirtschafts-

krise weitergehen kann und darf. Mitnichten! Die Abzocker bedienen sich weiterhin schamlos und die bürgerlichen Parteien rechtfertigen auch weiterhin die exorbitanten Löhne. Gleichzeitig gibt es in unserem Land Menschen, die trotz Erwerbstätigkeit in Armut leben. Diesem unhaltbaren Zustand wollen die JungsozialistInnen Schweiz mit der 1:12-Initiative einen Riegel schieben. Die 1:12-Initiative verlangt, dass niemand mehr als zwölf Mal weniger verdient als der/die meistverdienende Angestellte im selben Unternehmen. Zukünftig soll niemand in einem Jahr weniger verdienen als die Bestbezahlten im gleichen Unternehmen in einem Monat.

Gemeinsam können wir dieses Ziel erreichen! Helfen Sie mit, unterschreiben Sie, Ihre Familie und Freunde den beigelegten Unterschriftenbogen und senden Sie ihn ein. Danke für die Unterstützung.



*Claudio Soldati
Vorstand JUSO
Stadt Luzern*



Damit sich Abzocker einmal vorstellen können, wie sich ein 56 Mal tieferes Einkommen anfühlt.

www.1-zu-12.ch




Die Idee von Ihnen

Das Holz aus der Region


Die Qualität vom Schreiner

Stefan Suhner, Möbelschreinerei
Rösslimattweg 8, 6005 Luzern
Telefon 041 360 82 83
www.holzding.ch



**PARKETTARBEITEN
MALERARBEITEN
NATURFARBEN**

LUZERNERSTRASSE 33C
6010 KRIENS
TELEFON 079 650 79 42
WWW.PATRICKSTEINER.CH



Abstimmungsrückblick

Zur Finanzierung des Tiefbahnhofs

Am 7. März 2010 wurde über die Initiative zur Finanzierung des Tiefbahnhofs abgestimmt. Trotz der Sparkonkurrenz konnten wir eine Mehrheit für unsere Initiative an der Urne erringen. Nur knapp wurde der Gegenvorschlag angenommen und lag bei der Stichfrage knapp vor unserer Initiative.

Erinnern wir uns. Im Juni 2004 haben die jungen Grünen ihr alternatives Verkehrskonzept vorgestellt, aus dem hervorgeht, dass der Bau eines Tiefbahnhofs ein dringender erster Schritt zur Bewältigung der Verkehrsprobleme in der Agglomeration Luzern ist. Obwohl hervorragend dokumentiert, verschwand das Anliegen bald unter dem Deckmantel des ewigen Sparens.

Dann folgte der hilflose Versuch, die Zufahrt zum Bahnhof mit dem Doppelspurausbau am Rotsee zu verbessern, was die Zementierung eines Umwegs bedeutet und das Naherholungsgebiet Rotsee stark beeinträchtigt hätte.

Als sich die Verkehrsgruppe im Frühjahr 08 zum ersten Mal traf und es bald klar wurde, dass die Idee Tiefbahnhof mit einer Finanzierungsinitiative im Herbst aus dem Tiefschlaf zu holen sei, schien das Projekt verwegen, weil die bürgerlichen Parteien signalisierten, alles sei dem Spardiktat unterzuordnen.

Etwas erstaunt nahmen wir im August – mitten in den Vorbereitungen zur Lancierung der Initiative zur Finanzierung des Tiefbahnhofs – zur Kenntnis, dass auch die städtische Baudirektion ein Interesse für den Tiefbahnhof zeigte. Uns sollte es recht sein: So liessen sich über die Weihnachtszeit die nötigen Unterschriften um so besser sammeln. Fristgerecht wurde die Initiative mit fast Tausend Unterschriften eingereicht.

Es kam Bewegung in die Sache. Der Kantonsrat befasste sich nun auch mit dem Tiefbahnhof und eine Projektierungsvorlage wurde zuerst im Kantonsrat einstimmig und darauf vom Volk deutlich angenommen.

Bei der Behandlung unserer Initiative zeigte die bürgerliche Mehrheit dann wieder ihr wahres Gesicht: Zauberten sie doch einen Gegenvorschlag aus dem Hut. Vordergründig ist er eine Sparvariante, die einerseits die Höhe der jährlichen Einlage, wie auch die Dauer der Fondsauflösung unter ein verantwortbares Niveau drückt; aber auch den Zweck dahingehend zurechtbiegt, dass mit unserer Eisenbahnvorlage auch Strassenbauprojekte finanziert werden können. Der Stadtrat behauptete ohne Belege, die ungenügende Finanzierung



des Gegenvorschlages reiche. Wir konnten dieses Argument leider zu wenig entkräften. Unsere Initiative orientierte sich am Bauprojekt Tieferlegung Zentralbahn und rechnete mit dem gleichen Verteilschlüssel, 9,7%. Der Stadtrat rechnete mit maximal 4%!!

Im Abstimmungskampf konnten wir mit verschiedenen Mitteln auf die Mogelpackung hinweisen. Das Initiativkomitee dankt an dieser Stelle allen, die uns mit Präsenz und Geld unterstützt haben. Unterdessen ist nun auch die Perspektive des Bundesamts für Verkehr zum Tiefbahnhof veröffentlicht worden. Dieser Ausblick ist nun wieder düsterer. Das Projekt Tiefbahnhof Luzern wurde nicht als erste Priorität eingestuft und könnte bei der kleineren Finanzierungsvariante gänzlich gefährdet sein. Das Bundesamt denkt schweizweit leider immer zuerst an den Fernverkehr und nicht an die täglichen lokalen Verkehrsengpässe. Es gilt nun das Projekt umso kräftiger voranzutreiben und die Verantwortlichen auf das reale Verkehrsaufkommen und die realen Verkehrsprobleme hinzuweisen!



Stephan Roth
AG Tiefbahnhof
Luzern

Übergabe der Unterschriften zur Pauschalbesteuerung

Grosse Arbeit – grosser Auftritt

Als am 1. April vor dem Regierungsgebäude des Kantons Luzern eine Strech-Limousine vorfuhr, staunten einige Schaulustige nicht schlecht: Die Mitglieder der Grünen präsentierten sich zur Übergabe der mehr als 4200 beglaubigten Unterschriften zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung als «geläuterte Millionär/innen».



Grosse Arbeit verdient auch einen grossen Auftritt – dies war das Motto der Übergabe der Unterschriften zur Pauschalbesteuerungsinitiative. Die wertvolle Fracht, nämlich beglaubigte 4252 Unterschriften, wurde in einem ebenso wertvollen Auto transportiert. Die Grünen verwandelten sich zudem für die Übergabe in «geläuterte Pauschalbesteuerte», die mit den Unterschriften ihren Willen zur einer gerechten Besteuerung auch von reichen Ausländer/innen bekräftigten. Judith Lauber vom Amt für Gemeinden nahm die beglaubigten Unterschriften entgegen. Obwohl der Champagner in den Cüplis der «Millionär/innen» mit einem kleinen Schneeflaum dekoriert wurde und der französische Tennisspieler ohne Pelzmantel arg fröstelte, tat dies der fröhlichen Stimmung keinen Abbruch.

Grosser Einsatz trotz winterlichen Bedingungen

Der festlichen Übergabe ging ein Jahr der Unterschriftensammlung voraus. Nach der Lancierung

der Initiative im April 2009 und dem anfänglichen Startelan rückte die Initiative bald in den Hintergrund. Im Schatten von Regierungsratswahlen und Minarettinitiative wuchs der Unterschriftenberg nur noch sehr gemächlich. Zu gemächlich, wie man bald merken sollte.

Im Dezember 2009 – es fehlte noch knapp die Hälfte der Unterschriften – konnten die Grünen Matthias Bieri als Koordinator für die Initiative gewinnen, was sich als grosser Glücksfall entpuppte. Er organisierte mit unermüdlichem Einsatz den Kraftakt, der zum Zustandekommen der Initiative nötig geworden war: In den ersten drei Monaten dieses Jahres standen viele aktive Grüne an vielen Samstagmorgen auf der Strasse – auch bei Schneefall, Polarwind und sibirischer Kälte. Herzlichen Dank allen, die dabei mitgeholfen haben – eure Arbeit ist unbezahlbar!

Für die Steuergerechtigkeit

Mit dem Zustandekommen der Initiative hat die Luzerner Bevölkerung gezeigt, dass ihr die Steuergerechtigkeit ein wichtiges Thema ist. Denn die Pauschalbesteuerung von reichen Ausländer/innen steht im Widerspruch zum in der Schweizer Verfassung festgelegten Grundsatz, dass Einwohner/innen nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit besteuert werden und verletzt damit die Rechtsgleichheit.

Steuern sind nur einer unter vielen Standortfaktoren. Luzern soll seine Attraktivität mit weiteren Investitionen und nicht dank Tiefststeuern sichern. Erträge aus Pauschalsteuern machen weniger als ein Prozent des gesamten Steuerertrags im Kanton Luzern aus. Mit einer Abschaffung der Pauschalbesteuerung wird das positive Image des Kantons Luzern und der Schweiz gestärkt und der Kanton stellt sich gegen Personen, die in ihrem Heimatland die Steuersolidarität verweigern.

Die Initiative durchläuft nun erst einmal den verwaltungsinternen Prozess. Wann das Luzerner Stimmvolk dazu Stellung nehmen kann, steht noch nicht fest. Man darf auf Grund der Erfahrungen aus dem Kanton Zürich, wo das Volk der Abschaffung der Pauschalbesteuerung bereits zugestimmt hat, aber durchaus zuversichtlich sein, dass das Anliegen auch im Kanton Luzern eine Mehrheit finden wird.



Rahel Estermann
Sekretariat Grüne
Luzern

Abstimmung vom 13. Juni 2010: Referendum Ferienheim Oberrickenbach

Am falschen Ort gespart

Im letzten Herbst haben die Grünen zusammen mit der SP das konstruktive Referendum gegen den Verkauf des Ferienheims Oberrickenbach ergriffen. Die Unterschriften konnten der Stadt im Januar übergeben werden. Nun gilt es am 13. Juni an der Urne, die Rettung des städtischen Ferienheims Oberrickenbach zu ermöglichen.

Die bereits vor Jahren beschlossene und durchs Parlament finanzierte Sanierung des Hauses könnte durch den Verkauf umgangen werden. Seit Jahren foutiert sich die Stadt um die Renovation. Nun will sie das Ferienheim der kurzsichtigen Steuer- und Finanzpolitik opfern.

Klassenlager, Jugendorganisationen oder Schullager schätzen das Ferienheim in Oberrickenbach sehr: Insbesondere zeichnen die ideale Umgebung und die gute Erreichbarkeit von Luzern das Lagerhaus aus. Bereits heute sind Lagerhäuser für Gruppen in der Grösse und Lage von Oberrickenbach kaum zu finden. Verkauft die Stadt das Ferienheim, wird es zweifellos abgerissen. Die Leidtragenden werden die Kinder und Jugendlichen sein.

Das Geld des Verkaufs soll alibimässig in eine Stiftung für Ferienlager überführt werden. Damit sollen einige Lager unterstützt werden können. Nur ist es so, dass das Geld innert 25 Jahren verbraucht wird. Man überführt also eine langfristige Kapi-

talanlage (Ferienheim) in einen Topf, der dann geleert wird und übrig bleibt 2035 rein gar nichts mehr. Ausser vielleicht einem Achselzucken und der Begründung, dass dies halt die damalige Finanzpolitik von 2010 gewesen wäre.

Die Förderung von Lagern ist eine wichtige Voraussetzung für eine sinnvolle Schul- und Freizeitbeschäftigung. Die Grünen sind der Meinung: Wer dort spart, spart am falschen Ort. Es zeigt einmal mehr, wie die kurzsichtige Finanzpolitik auf Kosten der Lebensqualität spart.

Das Ferienheim Oberrickenbach retten heisst: Am 13. Juni dem konstruktiven Referendum «Ferienheim Oberrickenbach retten – Ferienheim Bürchen verkaufen» zustimmen.

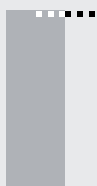


Christian Hochstrasser
Präsident Grüne Stadt Luzern
Luzern

Für den **Gegenvorschlag**
Ferienheim Oberrickenbach

ankreuzen

Stimmzettel
für die Abstimmung
vom 13. Juni 2010



Stadt
Luzern

2

Ferienheime Oberrickenbach und Bürchen

Soll die vom Grossen Stadtrat am 29. Oktober 2009 verabschiedete Vorlage oder die Vorlage mit dem Gegenvorschlag (konstruktives Referendum) in Kraft treten?

Vorlage Grosser Stadtrat

Verzicht auf die beschlossene bauliche Sanierung der Ferienheime Oberrickenbach NW und Bürchen VS sowie Auftrag und Ermächtigung an den Stadtrat, diese beiden Ferienheime zu verkaufen.



Vorlage mit Gegenvorschlag (konstruktives Referendum)

Verzicht auf die beschlossene bauliche Sanierung des Ferienheims Bürchen VS sowie Auftrag und Ermächtigung an den Stadtrat, dieses Ferienheim zu verkaufen.



Nur eines der beiden Felder ankreuzen! (☒)

Abstimmung vom 13. Juni 2010: Revision der Gemeindeordnung

Bildungskommission statt Schulpflege

Die Fraktion der Grünen und Jungen Grünen nahmen die Teilrevision der Gemeindeordnung (GO) einstimmig an. Umstrittene Punkte konnten verhindert werden, die zwei Neuerungen fielen im Sinne der Grünen aus.

Umstrittene Punkte wie höhere Unterschriftenzahlen und eine übermässige Finanzkompetenz des Stadtrates konnten wir erfolgreich verhindern. Weitere kritische Punkte fehlen, respektive werden erst bei einer Totalrevision diskutiert. Zwei inhaltliche Neuerungen sind aber in der revidierten GO enthalten.

Bildungskommission

Die neue GO enthält eine Bildungskommission anstelle einer Schulpflege. Die Grünen haben diesem Anliegen zugestimmt. Die Bildung wird aufgewertet, weil sich das Parlament zukünftig eingehender mit Bildungsfragen beschäftigen muss. Dies wird anfänglich ein Lernprozess sein, den wir aber für notwendig halten.

Neuregelung des Bürgerrechtswesens

Neu kann der Stadtrat über die Vergabe des Stadtbürgerrechts an Schweizerinnen und Schweizer entscheiden. Über die Vergabe an AusländerInnen entscheidet neu eine externe Kommission, deren Mitglieder vom Grossen Stadtrat gewählt werden.

Alles Nähere wird in einem noch ausstehenden Reglement festgeschrieben werden. Diesem Vorgehen haben wir zugestimmt, obwohl beim Reglement noch heikle Punkte diskutiert werden müssen. Insgesamt erscheint uns diese Veränderung als richtiger Schritt auf dem Weg zur versachlichten Einbürgerung (Verwaltungsakt).

Darum «Ja» zur Teilrevision der Gemeindeordnung im Zusammenhang mit der Fusion von Littau und Luzern.



Philipp Federer
Grossstadtrat Grüne
Luzern

Revision der Gemeindeordnung

Parole JA

stattkino

ab 17. Juni
LOLA

von Brillante Mendoza, Philippinen 2009

ab 10. Juni
VIDEO CRAZY

von Erik Gandini, Italien 2009

ab 9. Juni
IL NUOVO SUD DELL'ITALIA

von Pino Esposito, Schweiz 2010

ab 27. Mai
PLASTIC PLANET
von Werner Boote, Österreich 2009

ab 1. Juli
GOODBYE SOLO

von Ramin Bahrani, USA 2008

ab 22. Juli
LA PIVELLINA

von Tizza Covi & Rainer Frimmel
Österreich/Italien 2009

ab 15. August
LUCERNE FESTIVAL IM SOMMER
Musikfilme zum Thema EROS

Detaillierte Angaben entnehmen Sie bitte
der Tagespresse oder dem Monatsprogramm
www.stattkino.ch

stattkino
im Bourbaki Panorama Luzern
Reservations 041 410 30 60

Totalrevision der Ortsplanung Horw

Landschaft schützen, Entwicklung ermöglichen

Die Totalrevision der Horwer Ortsplanung kommt in die entscheidende Phase. Am Donnerstag, 25. März 2010 behandelte der Einwohnerrat den Zonenplan und das Bau- und Zonenreglement in erster Lesung. Die revidierte Ortsplanung verfolgt vorab folgende Ziele: Landschaft schonen, Siedlungsgebiet verdichten und Zentrumszone Bahnhof als Entwicklungsmotor initiieren.

Dieser Schwerpunkt in der Totalrevision wurde auf Drängen der L20 mit einer Interpellation im Juni 2005 aufgenommen, die einen Masterplan für das ESP-Gebiet mit einem Ideenwettbewerb anregte. Mit dieser planungsverbindlichen Umsetzung kann nun der nötige Grünraum gesichert, aber auch eine sinnvolle wirtschaftliche Entwicklung der Gemeinde ermöglicht werden.

Dazu gehört insbesondere auch die Vernetzung mit der benachbarten Hochschule für Architektur und Technik und deren Erweiterungsmöglichkeiten, welche die L20 schon damals gefordert hat. Daneben bietet Horw eine wunderbare Landschaft, Seeufer, Sicht in die Alpen und eine gute Infrastruktur, die unbedingt erhalten bleiben muss. Horw ist als Wohngemeinde sehr beliebt – und erst noch angrenzend an die Stadt Luzern.

Grundsätzliche L20-Ziele abgedeckt

Mit der Ortsplanungsrevision sollen – gemäss dem Willen der Bevölkerung – der Landschaftsschutz ernst genommen und gleichzeitig eine Entwicklung im Bereich der bestehenden Siedlungen ermöglicht werden. Dieser nachhaltige und daher begrüssenswerte Ansatz der Siedlungsentwicklung soll in der neuen Zentrumszone Bahnhof, in einzelnen Quartieren durch verdichtete Bauweise und durch eine Bebauung eingezoner Flächen mittels Bauverpflichtungen erfolgen, um so die Baulandhortung zu verhindern.

Als Vision werden erste Massnahmen für eine spätere Entwicklung der Siedlung in Richtung Seebucht eingeleitet. Die grundsätzlichen Ziele der L20 werden mit der vorliegenden Ortsplanung zwar abgedeckt. Im Bereich der Halbinsel und beim Naturschutz vermissen wir jedoch klare Strategien, die eine qualitative Entwicklung fördern würden. Etliche Detailentscheide orientieren sich zu sehr am Bestehenden oder an persönlichem Interessenlobbying, sodass der Spielraum von Natur und Allgemeinheit in diesen Bereichen leider nicht grösser wird.

Weitere Anliegen

Nebst den bereits erwähnten Grundzügen der Ortsplanungsrevision setzt sich die L20 im Detail für folgende Anliegen ein:

- Bezahlbarer Wohnraum in den bestehenden Siedlungsgebieten durch entsprechende Regulierungen;
- Verbesserung der Durchlässigkeit östlich und westlich der Bahnlinie durch zusätzliche Übergänge;
- Sicherung von Tanneggbuch und Rüteliwald durch Naturschutzzonen;
- Verbesserung der Attraktivität und Verkehrssicherheit für den Fuss- und Radverkehr;
- Steigerung der Energiestadt-Wertung der Gemeinde;
- Und – last but not least – der Aussichtsschutz an der Seestrasse soll den See auch sichtbar werden lassen!

(siehe www.l20.ch/l20punktch-publikationen-110)



Jörg Stalder
Einwohnerrat L20
Horw



Oeko Hotel Gruebisbalm/Rigi

Autofrei, kinder und familien
freundlich, für Ferien, Feste
und Klein Seminare.

Familie Schaub, 6354 Vitznau
Telefon: 041 397 16 81, www.gruebisbalm.ch
E Mail: oeko_hotel_gruebisbalm_rigi@bluewin.ch

Die Druckerei in der Luzerner Neustadt

g e g e n d r u c k _ G m B H
_offsetdruckerei _t 041 360 82 70

Rückblick Palaver vom 25. Januar 2010

Das kleine Zusammenleben im grossen Luzern

In einer echten Quartierbeiz in einem eher schwierig fassbaren Quartier zwischen Tribschenschstadt und Bahngleisen palaverten gegen 30 TeilnehmerInnen über Quartierentwicklung. Immer wieder finden sich an diesen Jahreszeiten-Palaver Menschen ein, die einfach ein gemeinsames Interesse am Thema haben und Fragen auf den Grund gehen wollen: Wie sind Quartiere definiert, wo sind deren Grenzen, wie funktionieren sie und wie sollen sie gestärkt werden?

Hugo Stadelmann, Präsident der städtischen Quartiervereine stellte die heutige Funktionsweise der verschiedenen Quartiervereine vor und konnte in der folgenden Diskussion die Errungenschaften und Leistungen dieser Quartiervereine aufzeigen. Viele Aufgaben, welche in anderen Städten vorwiegend die Stadt übernimmt, wie das zur Verfügung stellen von Räumen oder die Förderung von Angeboten des Zusammenlebens, werden in Luzern durch die katholischen Pfarreien

Lebensweise oder Quartierstruktur werden nur beschränkt abgebildet.

In der Diskussion kam zum Ausdruck, dass die Stadt – auch im Rahmen des weiträumigen Fokus auf Fusionsstrategie – der Kleinräumigkeit zu wenig Beachtung schenkt und ihre Aufgaben, wie die Bereitstellung von funktionierenden Quartierinfrastrukturen nicht genügend wahrnimmt, wie z. B. die ausgeschlossene finanzielle Unterstützung für Quartierräume gezeigt hat. Um diesem aufgezeigten Missstand entgegen zu wirken, wurde unter anderem die Idee der Stadtteilkonferenzen in die Runde gebracht. Diese Idee fand Anklang und sollte gemäss den Mitdiskutierenden nicht erst mit einer grösseren Stadt umgesetzt werden, sondern möglichst bald. Über die konkreten Kompetenzen dieser Konferenzen wäre aber sicher noch weiter zu diskutieren. Die Umsetzung der Partizipation von unten oder das vorhandene Potential und Engagement für kleinräumige Projekte waren weitere diskutierte Themen.



erbracht. Dies stellte Franz Zemp, Gemeindeleiter der Pfarrei St. Josef – Maihof fest. In der Perspektive der Andersgläubigen kann dies aber oftmals problematisch werden. Seine dargelegten Visionen für eine vielfältige Nutzung des Kirchenraumes oder anderen pfarreilichen Räumen und eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit anderen Organisationen hat klar gemacht, dass unter anderem die Pfarreien eine grosse Quartierverantwortung übernehmen. Quartiervereine und Pfarreien repräsentieren aber nur einen beschränkten Teil der Bevölkerung. Konfession/Religion, Altersgruppen,



Die Gesprächsrunde war sich einig, dass das Thema Quartierentwicklung in der Stadt Luzern vernachlässigt wird. Diskussionsbedarf besteht weiterhin und vielleicht hat das Palaver die Eine oder den Anderen dazu motiviert, die geäusserten Visionen weiter zu entwickeln.



*Christian Hochstrasser
Präsident Grüne Stadt Luzern
Luzern*

Kursangebot: Gewinnender Umgang mit Medienschaffenden

Medientraining – SpielerIn statt Spielball sein

Gewinnende und überzeugende Medienauftritte können erlernt werden. Das ist eine Frage des Mutes, des Selbstbewusstseins und der eigenen Authentizität.

Ein missglückter Radio- oder TV-Auftritt kann dem eigenen Image oder dem der Grünen Partei erheblich schaden. Immer wieder passiert es, dass wir uns vor Mikrophon und Kamera wie an einer mündlichen Prüfung verhalten: lampenfiebrig, intellektuell und konzentriert.

Statt Spielerin oder Spieler zu sein, werden wir dann zum Spielball der Medienschaffenden. Um dem vorzubeugen, organisieren die Grünen Kanton Luzern ein Medientraining und freuen sich über rege Teilnahme. Gruppengrösse: 6 Personen.

Leitung

Peter M. Wettler, Dietikon, seit 1988 selbständig als Kommunikationsberater. Seine Tätigkeit steht auf drei Säulen: Rhetorik, Verhandlungstechnik, Medientraining.

An der Hochschule für Wirtschaft Zürich (HWZ) doziert er Krisenbewältigung und -kommunikation. Ist Regisseur von Industrie-, Schul- und Dokumentarfilmen und Öffentlichkeitsarbeiter (PR-Beratung, Volksabstimmungen, Wahlen, Ghostwriting).

Zielgruppe

Politikerinnen und Politiker, die regelmässig mit Medienanfragen konfrontiert sind.

Lernziele

- Mediengerechte Statements für Radio und Fernsehen formulieren.
- Vertraut werden mit den Mechanismen von Radio und Fernsehen.
- Die Teilnehmenden üben, sicher, gelassen und wohl vorbereitet mit Medien und Medienschaffenden umzugehen und die grünen Botschaften gewinnend beim Zielpublikum anzubringen.
- Das berufliche Selbstverständnis von Medienschaffenden kennen.
- Sie wissen: Wie sage ich wann was zu wem und mit welcher Wirkung?
- Die Beziehungsebene ist wichtiger als der Inhalt.

Inhalte

- Storytelling ist gemeinschaftsbildend und bleibt in der Erinnerung haften.
- Nonverbalität ist eigentlich die entscheidende Information.
- Symbolik zeugt von Kompetenz.
- Mit Emotionen nicht geizen.
- Themenführung übernehmen – wer gefragt wird, führt.

Form

- Praktische Interview- und Statement-Übungen vor laufender Kamera.
- Beurteilung des Sympathietransfers. Wirkung? Wie kommt der Auftritt in der Empfindung des Zielpublikums an?

Kursdaten

Gruppe 1

Freitag 17. September 2010, 13.30 bis 17.30 Uhr

Samstag 18. September 2010 9.00 bis 13.00 Uhr

oder

Gruppe 2

Freitag 24. September 2010, 13.30 bis 17.30 Uhr

Samstag 25. September 2010, 9.00 bis 13.00 Uhr

Kosten

Fr. 250.– (für alle, die auf einer Kantonsratsliste stehen); regulär Fr. 300.–

Bitte bis 15. Juni anmelden: 041 360 79 66 oder sekretariat@gruene-luzern.ch.

Bitte gewünschtes Datum angeben. Falls beide Daten passen, bitte beide angeben.

R E S T A U R A N T B A R
N E U S T A D T

Ess- & Weinkultur • Neustadtstr. 21 • Tel. 041 210 2371 • Sonntag geschlossen

Grüne Ebikon: Neuer Präsident

Mit viel Lust am politischen Engagement

Mit einem seit längerem geplanten Wechsel übernimmt Andreas Feller per sofort das Präsidium der Grünen Ortsgruppe Ebikon von Roni Vonmoos.

Wir haben weder Streit noch irgendwelche Differenzen. Es ist so, dass ich als langjähriger Aktiver (mehr als zehn Jahre im Parlament der Stadt Luzern, Sekretariat der Grünen, Präsident der kantonalen Grünen Luzern, seit 2004 Präsident der Grünen Ebikon; um nur einige der Aktivitäten aufzuzählen) mich langsam zurückziehen möchte. Ich habe in Ebikon den Sitz der Grünen in der Planungs-



Bau- und Energiekommission übernommen, was mir erlaubt, etwas kürzer zu treten.

Mit Andreas Feller haben wir jemanden, der viel Energie und Lust hat, sich politisch zu engagieren, Ideen einzubringen, aktiv zu werden. Somit ist es sinnvoll, wenn jemand, der so engagiert ist, auch ein Betätigungsfeld erhält.

Andreas Feller kurz vorgestellt

Andreas Feller, geboren 1972, seit 2002 wohnhaft in Ebikon, hat Ausbildungen als kaufmännischer Angestellter und Soziokultureller Animator FH abgeschlossen. Er engagiert sich beruflich für die Quartierarbeit für Kinder und Jugendliche in Luzern. Er ist zudem Mitglied beim Verein Spielraum, bei Greenpeace, der Erklärung von Bern EvB, des Luzerner Tauschnetzes, Midnight Sports sowie des Stadtpersonalverbands Luzern. Nachhaltige Entwicklung, Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit und hohe Lebensqualität sind ihm wichtig. Ganz nach dem Prinzip «global denken, lokal handeln» setzt er sich für diese Anliegen ein und engagiert sich politisch auf Gemeindeebene.

Für Anregungen und Anliegen hat er ein offenes Ohr: andreas.feller@gruene-luzern.ch.



Roni Vonmoos
Grüne Ebikon
Ebikon

Mieterinnen- und Mieterverband Luzern

**Elektrosmogmessung | Schlafplatzuntersuchung
Feuchtigkeits- und Schimmelprobleme
Mängel in der Wohnung**

Werden Sie Mitglied!

Wir unterstützen und beraten Sie zuhause - schnell und professionell!

Telefon 041 220 10 22 | mvlv@bluewin.ch | www.mieterverband.ch/luzern

M i e t e r s c h u t z i s t n ö t i g

Kontaktverzeichnis

Ortsgruppen Grüne Kanton Luzern

Adligenswil

Franziska Hufschmid
franziska.hufschmid@gruene-luzern.ch

Ebikon

Andreas Feller
andreas.feller@gruene-luzern.ch

Emmen

Luzius Hafen
luzius.hafen@gruene-luzern.ch

Horw

Brigitte Germann-Arnold
brigitte.germann-arnold@gruene-luzern.ch

Kriens

Erich Tschümperlin
erich.tschuemperlin@gruene-luzern.ch

Luzern

Christian Hochstrasser
christian.hochstrasser@gruene-luzern.ch

Sursee

Andreas Hofer
andreas.hofer@gruene-luzern.ch

Willisau

Esther Müller
esther.mueller@gruene-luzern.ch

Valentin Arnold

valentin.arnold@gruene-luzern.ch

Grüne Vertretungen in Gerichten und Strafverfolgungsbehörden

Richterstellen wie auch zum Teil Stellen bei den Strafverfolgungsbehörden werden auf Grund des Parteienproporz besetzt. Darum suchen wir Interessentinnen und Interessenten für solche Stellen, welche wir bei eventuellen Vakanzen vorschlagen können.

Wer Interesse hat, kann sich bei der Co-Präsidentin der Grünen Kanton Luzern, Monique Frey (monique.frey@gruene-luzern.ch), melden.

RevisorIn gesucht!

Die beiden bisherigen RevisorInnen der Grünen möchten ihre Tätigkeit nach langjähriger Arbeit weitergeben. Wir suchen darum für das Rechnungsjahr 2010 neue RevisorInnen. Wer kennt sich mit Buchhaltung aus und ist bereit, jeweils im Frühling die Rechnung der Grünen Kanton Luzern zu revidieren? Dies ist mit wenigen Stunden Aufwand verbunden.

Interessierte melden sich per E-Mail: sekretariat@gruene-luzern.ch

Korrekturen und Richtigstellungen

Korrektur zur Buchempfehlung RB 1/10 Reichtum ohne Leistung.

«Die Feudalisierung der Schweiz»: Im Artikel schlich sich der Zahlenteufel ein. Nicht 10 % der Steuerpflichtigen besitzen 71 %. Die Ungleichheit ist viel krasser und hat erst noch zugenommen. Die richtigen Zahlen für das Jahr 2003 sind (im Kanton Zürich):

Ein 1/10-Promille besitzt gleichviel wie 74 % der Steuerpflichtigen.

Ein Promille besitzt gleichviel wie 86 % der Steuerpflichtigen.

Ein Prozent besitzt gleichviel wie 95 % der Steuerpflichtigen.

Ergänzung und Klarstellung

Im Grünen Pfeffer 5/09 stand: «Die Anklagepunkte bezüglich E-Mail-Spionage und Computerhacking war ihnen kein Thema wert. Die Homepage von Kuhn hatte nebst den Ohrfeigen an linke Frauen und den gehackten E-Mails zusätzlich ausfällige, fremdenfeindliche Kommentare.»

Richtig ist: René Kuhn wurde am 27. Januar 2010 vom Amtsstatthalteramt entlastet. Der Verdacht der E-Mailspionage konnte nicht nachgewiesen werden.

Agenda

Juni

Mo	7.	19.00	Generalversammlung Grüne Kanton Luzern, Rössli ess-kultur Wolhusen
Di	8.	18.00	Kulturstammtisch, Bourbaki Bar/Bistro, Luzern
So	13.		Abstimmungssonntag
Mo	14.	19.30	Städtischer Vorstand, Sekretariat Grüne Luzern
Mo	21.	19.45	Kantonaler Vorstand, Sekretariat Grüne Luzern
Mi	30.	17.00	Retraite Städtischer Vorstand
Mi	30.		Vorstandssitzung Grüne Kriens

Juli

Mo	5.	19.30	Städtischer Vorstand, Sekretariat Grüne Luzern
Di	13.	18.00	Kulturstammtisch, Bourbaki Bar/Bistro, Luzern

August

Di	10.	18.00	Kulturstammtisch, Bourbaki Bar/Bistro, Luzern
Mo	23.	19.30	Städtischer Vorstand, Sekretariat Grüne Luzern
Mo	30.	19.45	Kantonaler Vorstand, Sekretariat Grüne Luzern

Möchtest du elektronisch über weitere Termine der Grünen sowie Veranstaltungen aus dem sozialen und kulturellen Bereich informiert werden? Dann abonniere auf unserer Homepage den Newsletter unter: www.gruene-luzern.ch

Parolen

Kantonale Abstimmung

Die Parolen zur kantonalen Abstimmung vom 13. Juni 2010 werden am Mittwoch 19. Mai 2010 an der Mitgliederversammlung gefasst. Am 20. Mai werden die beschlossenen Parolen auf der Homepage www.gruene-luzern.ch veröffentlicht.

Folgende Vorlagen stehen zur Abstimmung:

- Volksinitiative «Ja zur Naturheilkunde – für Qualität und Kompetenz» und Gegenvorschlag Kantonsrat
- Gesetz über die Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts
- Sanierung und Erweiterung Berufsfachschule in Sursee
- Volksinitiative «Für faire Prämienverbilligung» und Gegenvorschlag des Kantonsrates

Städtische Abstimmung

Teilrevision der Gemeindeordnung

in Zusammenhang mit der Fusion von Littau und Luzern

JA

Ferienheime Oberrickenbach und Bürchen mit Gegenvorschlag

konstruktives Referendum

Impressum

Herausgeber und Insetverkauf: Grüne Luzern, Neustadtstrasse 34, Postfach 4035, 6000 Luzern 4, PC 60-16103-5, Telefon 041 360 79 66, www.gruene-luzern.ch, E-Mail: lu@gruene.ch; Redaktion: Rahel Estermann, Judith Huber; Korrektorat: Ursula Hildebrand; Fotos: Jakob Ineichen, Linus Rieser
 Konzept/Gestaltung: Grafikatelier Thomas Küng, Brünigstrasse 3, 6005 Luzern, Telefon 041 360 28 10, E-Mail: thomas.kueng@rat.ch, www.kuenggrafik.ch; Gestaltung/Druck: Gegendruck GmbH, Neustadtstrasse 26, 6003 Luzern, Telefon 041 360 82 70, Fax 041 362 22 37, E-Mail: gegendruck@rat.ch
 Erscheinung: 5x im Jahr, Auflage 1400 Exemplare; Abonnement: ein Jahr Fr. 30.–, Unterstützungsabo: ein Jahr Fr. 60.–

Wir kaufen neues Standmaterial – wir freuen uns

Und wir freuen uns, wenn Ihr uns unterstützt dabei. Sucht Euch etwas aus!

- Ein Meter Zeltblache für Fr. 50.-
- Ein Gewicht/Socket à 10 kg für Fr. 97.-
- Die Farbe Grün fürs Logo für Fr. 60.-
- Ein Beitrag ans Tischblatt, z. B. Fr. 120.-
- Eine Gerüststange für Fr. 150.-
- Eine Prospektablage für Fr. 98.-
- Ein Teil des Windschutzes rechts z. B. Fr. 35.-

oder was Euch sonst gelüftet.

Herzlichen Dank!



Stellen Sie sich vor: Es sind Wahlen ...

... und alle gehen hin!

Liebe Leserinnen, liebe Leser

Nach den Wahlen ist bekanntlich vor den Wahlen. Aber jetzt ist tatsächlich vor den Wahlen, denn in weniger als 10 Monaten sind die Kantonsrats- und Regierungsratswahlen bereits Geschichte. Es ist immens wichtig, dass die Grünen einen guten Start in den Wahlmarathon erwischen. Die Erfahrung zeigt, dass es schwierig ist, den eingeschlagenen Trend zu verbessern. Wir müssen von Beginn an zeigen, dass wir die Partei der guten, zukunftssträchtigen Ideen sind. Der aktuelle Trend arbeitet für uns. Aber darin liegt gleichzeitig eine nicht zu unterschätzende Gefahr. Die Grünen sind noch nie im Schlafwagen zu Wahlerfolgen gekommen. Zu schmal ist das Kommunikations- und Werbebudget. Es gilt die mediale Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen, das ist gerade in unseren Breiten nicht ganz einfach.

Wenn wir also gehört und gesehen werden wollen, müssen wir selber anpacken. Darin sind wir ja stark – es kann losgehen.

Wir suchen nebst fähigen, tüchtigen, bekannten Leuten für unsere Wahllisten, kreative Ideen und natürlich Geld, Geld, Geld.

Wir sammeln Geld, damit unsere Leute ein Dach über dem Kopf haben. Und eine Theke. Und eine Fahne. **Wir kaufen neues Standmaterial!**

Das alles kostet! Deshalb unsere Bitte: Hilf uns den Stand kaufen zu können. Schon mit Fr. 50.- für einen Standpfosten bist Du dabei. Oder mit Fr. 80.- für einen Meter Zeltblache oder mit Fr. 120.- für das Deckblatt der Theke. Eine Seite zurückblättern und auswählen!

Schon jetzt herzlichen Dank für die wertvolle Unterstützung.



Katharina Hubacher



Monique Frey



AZB, PF 4035, Luzern 4

Empfangsschein / Récépissé / Ricevuta

Einzahlung für / Versement pour / Versamento per

**Grüne Luzern
des Kantons Luzern
6003 Luzern**

Konto / Compte / Conto **60-16103-5**
CHF

□	□	□	□	□	□	□	□	.	□	□
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---

Einbezahlt von / Versé par / Versato da

Einzahlung Giro

Einzahlung für / Versement pour / Versamento per

**Grüne Luzern
des Kantons Luzern
6003 Luzern**

Konto / Compte / Conto **60-16103-5**
CHF

□	□	□	□	□	□	□	□	.	□	□
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---

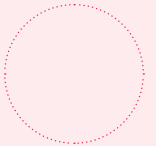
Versement Virement

Zahlungszweck / Motif versement / Motivo versamento

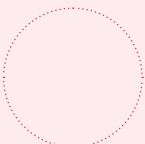
Standmaterial

- | | |
|---|---|
| <input type="checkbox"/> Zeltblache | <input type="checkbox"/> Gerüststangen |
| <input type="checkbox"/> Gewicht/Sockel | <input type="checkbox"/> Prospektablage |
| <input type="checkbox"/> Farbe Grün | <input type="checkbox"/> Windschutz |
| <input type="checkbox"/> Tischblatt | <input type="checkbox"/> |

Versamento Girata



Einbezahlt von / Versé par / Versato da



Die Annahmestelle
L'office de dépôt
L'ufficio d'accettazione

600161035>

600161035>